

Das gilt um so mehr, als alle neuen Überwachungsmaßnahmen im Kontext des Geheimdienstkandals gesehen werden müssen, der, nachdem er durch die Enthüllungen von Edward Snowden bekannt wurde, weiter andauert, und sich mit jeder Ausweitung der Überwachung vergrößert. Mit bemerkenswerter Chuzpe werden die Rechte von Geheimdiensten ausgeweitet, als ob es die Skandale und Debatten der letzten Jahre nicht gegeben hätte. Zur Erinnerung:

- Die Telekommunikation und der Internetverkehr werden weltweit umfassend überwacht, und die Überwachungskapazitäten und -aktivitäten werden weiter ausgebaut – das wissen wir durch die Enthüllungen von Edward Snowden.
- Die Daten werden dafür genutzt, Menschen ohne Gerichts Urteil durch Drohnenangriffe zu töten – dabei wird in Kauf genommen, dass Unschuldige verletzt werden. Erste Hinweise deuten darauf hin, dass dies in Deutschland geschieht. Eine Entscheidung des US-Stützpunkt in Ramstein – die bayerische Landesregierung und ehemaligen Drohnenpiloten.
- Rechtsstaatliche Mechanismen werden reduziert oder außer Kraft gesetzt, siehe als Beispiele die aktuellen Entwicklungen in Frankreich und Polen – nebenbei: die Einschränkung der Befugnisse des Bundesverfassungsgerichts wurde in Deutschland von konservativer Seite ebenfalls bereits gefordert.
- Gleichzeitig werden Befugnisse und Ausstattung der Geheimdienste und Sicherheitsbehörden weiter gestärkt – die Vorratsdatenspeicherung ist nur ein Beispiel dafür.

Wir müssen wohl davon ausgehen, dass auch die durch die Vorratsdatenspeicherung gesammelten Daten – entgegen vorheriger Beteuerungen – schnell den Weg zu den Geheimdiensten finden. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat die bayerische Landes-

regierung bereits gemacht, entsprechende Beschlüsse gibt es auch bei der CDU. Das Bundesverfassungsgericht urteilte in seinem Urteil gegen die Vorratsdatenspeicherung 2010, dass die „Überwachungsgesamtrechnung“, die gesamtheitliche Betrachtung aller staatlichen Überwachungsmaßnahmen, im Blick behalten werden muss. Legen wir dieses Prinzip zugrunde, ist das akzeptable Maß auch ohne die Vorratsdatenspeicherung bereits weit überschritten. Gleichzeitig ist ihr Nutzen fraglich, das haben Studien gezeigt. Gegen die Pariser Anschläge hat die in Frankreich längst in Kraft gesetzte Vorratsdatenspeicherung nicht geholfen. Dennoch wird sie seit Jahren von Innen- und Sicherheitspolitikern gebetsmühlenartig gefordert. Nicht zuletzt der Sinneswandel von Bundesjustizminister Maas hat dazu beigetragen, dass die Befürworterinnen einen Etappensieg errungen haben.

Weniger öffentliche Aufmerksamkeit erfährt eine Form des Terrorismus, die die Deutschen trifft, sondern die Flüchtlinge. „Unterkünfte für Geflüchtete“ angezündet – 2015 meist mit rechtsradikalem Hinter-

erschieden in der Fiff-Kommunikation,  
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476  
www.fiff.de

Es geht gerade um nicht weniger als unsere freiheitliche Gesellschaft. Sie ist bedroht durch Terrorismus, aber sie ist auch bedroht durch eine Sicherheitsdoktrin, die Überwachung und Rechtsstaatabbau im Inneren und militärische Gewalt nach außen zum Mittel der Wahl erklärt. Noch ist es möglich, dass die Verantwortlichen besonnen auf Bedrohungen reagieren und rechtsstaatliche Prinzipien (wieder) in den Vordergrund rücken – sie sollten diese Möglichkeit nutzen. Und: Wenn wir vom Terrorismus reden, dürfen wir vom alltäglichen Rassismus und Rechtsradikalismus nicht schweigen. Unser freiheitlicher Rechtsstaat und damit die Zukunft unserer Gesellschaft hängt davon ab.

Mit Fiffigen Grüßen

Stefan Hügel



Thomas Reinhold

## Wie werden Kriege gemacht

### Veranstaltung mit den beiden ehemaligen CIA-Analysten Ray McGovern und Elisabeth Murray, am 14. September 2015 an der Universität Hamburg im Rahmen der Kampagne Cyberpeace

*Am 14. September 2015 waren die beiden ehemaligen CIA-Analysten Ray McGovern und Elisabeth Murray im Rahmen ihrer Deutschland-Rundreise auf Einladung des Fiff e.V. an der Universität Hamburg zu Gast. Die Veranstaltung, die mit Unterstützung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) umgesetzt werden konnte, war mit etwa 80 Personen gut besucht. Leider waren außer Mitgliedern der Piratenpartei keine Vertreter anderer Parteien anwesend, was angesichts der Brisanz der Informationen wünschenswert gewesen wäre.*

Die beiden Referenten, die unter anderem als Quell-Analysten für den Nahen Osten und zeitweise für die täglichen nachrichtendienstlichen Berichte an den US-Präsidenten zuständig waren, haben über ihre Erfahrungen im Rahmen ihrer jahrzehntelangen Arbeit bei der CIA berichtet. Dabei ging es zum einen darum, wie aus einer Organisation, die ursprünglich als reine *Intelligence*-Institution aufgebaut wurde, der weltweite Geheim-

dienst werden konnte, der – oft fernab jeglicher Kontrolle oder Transparenz – Exekutivbefugnisse für sich beansprucht und sich dabei das eine und andere mal in außenpolitische Konflikte verstrickt hat. Dabei haben die beiden Referenten unter anderem anhand der Enthüllungen von Edward Snowden aufgezeigt, in welchem Umfang die USA und Großbritannien gezielt Informationen und Erkenntnisse aus öffentlichen und geheimen Quel-

len einsetzen, um ihre Außenpolitik zu gestalten. Elisabeth Murray, zu deren Aufgabenbereich die Analyse arabischer Quellen gehörte, konnte dabei unter anderen an den Beispielen des ersten Irak-Krieges (1990/91) erläutern, wie sich die Informationspolitik der US-Regierung oft den außenpolitischen Zielen beugen muss. Wenn notwendig, wurden und werden dabei gelegentlich auch die medial vermittelten Realitäten angepasst und „Fakten“ geschaffen. So konnte sie berichten, wie angesichts der seinerzeit als Interventionsgrund genannten fahrenden Bio-Waffenlabore, für deren Existenz keine verlässlichen Quellen gefunden wurden, immer wieder durch Vorgesetzte nach Beweisen gefragt wurden – mit dem Verweis dass es „da doch irgendwas geben muss“. Anhand ähnlicher Beispiele konnte auch Ray McGovern zeigen, wie in der Vergangenheit immer wieder Kriege und kriegsähnliche Situationen „gemacht“ wurden. Über solche Situationen konnten die beiden anhand der vergangenen und gegenwärtigen Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm und die Rolle der israelischen Regierung berichten sowie die aktuellen Konflikte in der Ukraine beleuchten.

Beide Referenten, die zu den ersten US-Amerikanern gehörten die Edward Snowden in seinem Moskauer Asyl besucht haben, haben darüber berichtet, wie die Informationsbeschaffung von der US-Regierung als zentraler Bestandteil ihrer außenpolitischen und innenpolitischen Tätigkeit angesehen wird. Dabei wurde die Rolle der NSA mit ihrer „alles was technisch möglich ist, wird auch umgesetzt“-Attitüde in diesem Kontext beleuchtet. In den Betrachtungen ging es auch um die Frage, ob der Cyberspace als weitere Domäne des staatlichen und insbesondere des militärischen Handelns ein *game changer* sein wird, der aufgrund seiner relativ unaufwendigen Teilhabe die internationalen Kräfteverhältnisse zwischen Staaten verändern kann. Die Referenten waren sich dabei einig, dass es angesichts der weltweiten Abhängigkeit von IT-Infrastrukturen und Diensten dringend geboten ist, für diese neue Domäne verbindliche Abkommen zu entwickeln, mit deren Hilfe die militärische Aufrüstung eingedämmt und die zukünftige friedliche Entwicklung sichergestellt werden kann.

Mit Blick das zivilgesellschaftliche Engagement haben sowohl Ray McGovern als auch Elisabeth Murray auf die Initiativen der vergangenen Jahrzehnte verwiesen, die sich in mühevoller Arbeit gegen atomare Aufrüstung, Atomtests oder die Stationierung von Raketen eingesetzt haben und das Auditorium ermunterte, den Kampf gegen neuerliche militärische Rüstungs- und Aggressionsspiralen im Bereich des Cyberspace fortzusetzen. Die Veranstaltung war mit etwa 80 Personen, darunter Professoren, Studenten, Aktivisten netzpolitischer Vereine und Pressevertreter gut besucht. Es wurde rege debattiert und im Anschluss an den offiziellen Teil noch ausgiebig in Einzelgesprächen mit den Referenten diskutiert. Im Anschluss fand auch ein Interview mit der Online-Zeitung *Schattenblick* statt. Die beiden Referenten waren eine große Inspiration und ein Beispiel, wie sich moralische Integrität und ethisches Bewusstsein in der täglichen Arbeiten darstellen kann.



Da die Veranstaltung, die auch an weiteren Orten in Deutschland durchgeführt wurde, im Netz als Video verfügbar ist, sei sie jeder und jedem dringend ans Herz gelegt.

Siehe auch Artikel auf der Webseite: <http://cyberpeace.fiff.de/Kampagne/VeranstaltungCIAAnalystenBericht>

Dietrich Meyer-Ebrecht

## Das Digital Manifest

### Neun Wissenschaftler.innen artikulieren ihre Sorge um eine Aushöhlung der Demokratie – ein Kommentar

Nudging – engl. *to nudge* so.: jmdn. anstupsen, jmdn. sanft anstoßen. Ein harmlos klingendes Wort. In unserer digitalen Gesellschaft allerdings benennt es ein Phänomen von weitreichender gesellschaftlicher Bedeutung. Die Myriaden digitaler Spuren, die wir – *always online* – hinterlassen, Informationen über uns, die wir wissentlich, leichtfertig und sehr oft auch unwissentlich preisgeben, werden bereits heute weidlich für ein personalisiertes Feedback ausgenutzt. Wir erhalten Suchergebnisse, Nachrichtenextrakte, Kaufempfehlungen, Reiseangebote, Wegbeschreibungen, medizinische Ratschläge, Verhaltenstipps, die so subtil auf unsere persönliche Situation abgestimmt sind, so plausibel zu unserer persönlichen Lebenswelt passen, dass wir die Entscheidungen, zu denen sie uns unterschwellig lenken, für unsere eigenen halten.

Es wird weiter daran gearbeitet werden, immer mehr Daten über unsere Lebensweise, unsere Umgebung, unsere Vorlieben und Ansichten zu sammeln und diese zu immer schärferen Profilen zu verdichten. Mit *persuasive computing* werden Techniken entstehen, mit denen nicht nur unsere Ansichten und Entscheidungen manipuliert werden können, sondern sogar unser Verhalten. Unmerklich wird unsere Selbstbestimmtheit in Frage gestellt werden. Wirtschaftliche und politische Interessen, die hinter dieser modernen Form eines Paternalismus stehen, werden verschmelzen – ein Prozess, der unvermeidlich zu einer Aushöhlung der Demokratie führen wird. Diese Sorge treibt eine Gruppe von neun renommierten Wissenschaftler.innen um: Dirk Helbing, Bruno S. Frey, Gerd Gigerenzer, Ernst Hafen, Michael